

Die EU in der Dauerkrise

Die EU-Kommission kann nicht besser sein, als ihre Mitgliedsländer es zulassen.

■ HEINER BOBERSKI

Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit, Klimawandel, Pandemie – vor allem mit diesen, aber auch noch einer Reihe weiterer Probleme musste sich die Europäische Union seit 2008 herumschlagen. Niemand möge behaupten, dass die EU-Kommission in den letzten Jahren ein leichtes Leben hatte. Die EU, als Friedensprojekt gegründet und als solches auch 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, steckt in einer Dauerkrise. Dabei lagen die Ursachen der jüngsten Probleme meist nicht in Europa – die Finanzkrise entstand in den USA, die Flüchtlinge kommen meist aus Vorderasien oder Afrika, der Klimawandel ist ein weltweites Phänomen, die Corona-Pandemie nahm ihren Ausgang in China. Europa hat freilich auf diese Herausforderungen durchwegs „suboptimal“ reagiert.

Die EU-Länder sind froh, wenn sie herausfordernde Probleme nach Brüssel auslagern können und haben letztlich stets die Möglichkeit, der EU-Kommission den Schwarzen Peter zuzuspielen, wenn etwas schiefgeht. Die EU-Kommission übernimmt Aufgaben, denen sie schlicht nicht gewachsen ist. Sie kann nicht besser sein, als die Nationalstaaten es zulassen. Entwickelt sie gute Konzepte, muss sie diese erst in den einzelnen Ländern durchsetzen, macht sie Fehler, was leider oft vorkommt, sind ihr Hohn und Häme sicher.

Dass der Kontinent weder wirtschaftlich noch politisch homogen ist, lässt sich nicht bestreiten. Kein großes Problem der letzten Jahre konnte von der EU zufriedenstellend und ohne Vertiefung der Gräben zwischen einzelnen Ländern gelöst werden. Der größte Bruch, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind, fand zwischen der EU und Großbritannien statt. Bruchlinien zeigten sich auch beim

Thema Migration, wo das Konzept einer Aufteilung von Flüchtlingen grandios scheiterte und die Abwehr von Migranten oder deren Unterbringung in primitiven Lagern an den Außengrenzen zum kleinsten gemeinsamen Nenner wurde.

Die Ohnmacht der EU

In der Coronakrise fehlte eine gesamteuropäische Strategie, jedes Land kochte sein eigenes Süppchen und öffnete oder schloss nach eigenem Gutdünken seine Grenzen. Bei der Beschaffung von Impfstoff hatte man gegenüber Ländern, die geschickter und großzügiger agierten, das Nachsehen. Die Debatte über die Aufnahme gemeinsamer Schulden, in der Österreich zur Gruppe der „Sparsamen“ zählte, ließ manche südliche Länder an einer solidarischen EU zweifeln.

Vielbeschworene europäische Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Gewaltentrennung geraten weltweit immer mehr unter die Räder, man muss nur nach Hongkong, Myanmar, Russland oder Weißrussland schauen. Die EU kann all dem nur weitgehend ohnmächtig zuschauen, sie hat schon große Schwierigkeiten, in eigenen Mitgliedsländern wie Ungarn oder Polen auf die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien zu pochen.

Die dringenden Weltprobleme müssen nicht nur in Europa, aber vor allem auch hier angegangen werden. Politiker wie Putin, Bolsonaro oder Xi Jinping werden sie eher verschärfen. Darum lautet jetzt die Frage: Quo vadis, EU? Wenn nicht sehr rasch Einigkeit im Vorgehen gegen die drängendsten Probleme erzielt wird, von denen nach wie vor an erster Stelle der Klimawandel steht, muss einem nicht nur um den Kontinent Europa bang sein. ■



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

■ **Kein großes Problem der letzten Jahre konnte von der EU zufriedenstellend und ohne Vertiefung der Gräben zwischen einzelnen Ländern gelöst werden.**